

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 13.10.2011, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:15 Uhr**

		Seite
.	<u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	Jobcenter im Kreis Warendorf hier: 1. Sachstandsbericht 2011 2. Übergang in die Option zum 01.01.2012 - Bericht über den Umstellungsprozess	113/2011 5
2.	Leistungen für Bildung und Teilhabe hier: Schulsozialarbeit	114/2011 7
3.	Errichtung einer "Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien" für den Kreis Warendorf	126/2011 8
4.	Bestandserhebung der Zwischenverpflegung in exemplarisch ausgewählten Schulen im Kreis Warendorf - Vorstellung einiger Untersuchungs- ergebnisse	128/2011 9
5.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.08.2011 zur Versorgungssituation psychisch erkrankter Jugendlicher im Kreis Warendorf	135/2011 10

Anlagen

- Anlage 1 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters im Kreis Warendorf
- Anlage 2 Übergang in die Option zum 01.01.2012 – Bericht über den Umstellungsprozess
- Anlage 3 Schulsozialarbeit im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe
- Anlage 4 Zwischenverpflegung in ausgewählten Schulen des Kreises Warendorf

Anwesend:

Vorsitz
Strübbe, Robert
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Hüttemann, Dorothe
Leismann, Jendrik
Lindstedt, Cornelia
Mors, Annette
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Twenhöven-Ruhmann, Annette
Vöcking, Knud
stellv. Ausschussmitglieder
Arnkens-Homann, Dagmar
Dufhues, Hannelore
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Fernkorn, Ronald
Klausmeier, Brigitte
Lummer, Petra
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schulte-Sienbeck, Verena
Uhkötter, Richard
Gäste
Eisenbach, Katrin
Schreier, Petra

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Hein-Kötter, Dorothea

Starke, Yasemin

Wördemann, Christiane

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 30.09.2011 form- und fristgerecht einberufen wurde.

I. Öffentlicher Teil

1.	Jobcenter im Kreis Warendorf hier: 1. Sachstandsbericht 2011 2. Übergang in die Option zum 01.01.2012 - Bericht über den Umstellungsprozess	113/2011
-----------	--	-----------------

1.1 Sachstandsbericht 2011

Frau Schreier, Geschäftsführerin des Jobcenters im Kreis Warendorf, erläutert

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Kreis Warendorf seit 2009
 - die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, der Leistungsberechtigten und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den letzten 12 Monaten
 - das Ranking der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden mit den meisten Bedarfsgemeinschaften
 - die Zielwerte 2011
 - die Zielerreichung 2011 für die Bereiche
 - Passive Leistungen Bund
 - Integrationen
 - durchschnittlicher Bestand der Kunden im Kundenkontakt mit Dauer über 24 Monate
 - Leistungen für Unterkunft
 - die Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
 - die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahre
 - die Entwicklung der schwerbehinderten SGB II-Arbeitslosen
 - die Frauenerwerbslosigkeit 09/2010 – 09/2011
 - die Anzahl alleinerziehender Bedarfsgemeinschaften
- anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Frau Schreier lobt die Mitarbeiter des Jobcenters, die derzeit überdurchschnittliche Arbeit leisten mit der Folge, dass das Tagesgeschäft trotz zusätzlicher Arbeiten für den Umstellungsprozess nicht beeinträchtigt wird.

In der Kundenzufriedenheit habe das Jobcenter im Kreis Warendorf Mitte des Jahres noch Platz 17 von 51 belegt, aktuell sei es Platz 10.

Die Dauer der Widerspruchsbearbeitung betrage NRW-weit 4 – 5 Monate, im Kreis Warendorf seien es 2,4 Monate.

Die Dauer der Bearbeitung eines Erstantrages durch die Leistungsabteilung betrage derzeit 8,7 Tage, die vorgegebene Quote vom Bund sei 15,4 Tage.

Zu den verbesserten Antragsbearbeitungszeiten erklärt Frau Schreier, dass diese durch teilweise Umstrukturierung des Personals, Arbeit an der Motivation sowie Weiterbildung erreicht worden seien.

Die Mitarbeiter arbeiten derzeit oft länger, um Arbeitsrückstände soweit möglich bis zum 01.01.2012 abzubauen.

Herr Strübbe dankt Frau Schreier für ihren Bericht.

Frau Schreier erklärt auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann und Frau Birkhahn, dass 95 % der alleinerziehenden Leistungsberechtigten Frauen seien.

Die Personengruppe "Ausländer" sei von der Bundesagentur vorgegeben (Personen mit ausländischem Pass), eine Unterscheidung nach ggf. vorhandenem Migrationshintergrund sei nicht vorgesehen.

Die Personalsituation werde sich in 2012 so darstellen, dass

- 170 Vollzeitstellen zuzüglich
- 8 Stellen zur Bearbeitung der Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie
- 11 Stellen für die "JobOffensive 50+"

besetzt würden.

Mit allen MitarbeiterInnen sei ein Gespräch geführt worden. Zusätzlich habe am 07.10.2011 eine Info-Veranstaltung für alle MitarbeiterInnen auf Haus Nottbeck stattgefunden.

Inzwischen liege auch ein Organigramm mit der zukünftigen Stellenbesetzung vor.

Frau Schreier erklärt, dass die Statistik der Alleinerziehenden aufgeschlüsselt werde, u.a. sollen das Alter der Kinder und die Vorbildung der Frauen erfasst werden. Die Auswertung werde in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass ihm zwei Entwicklungen auf Bundesebene Sorgen bereiten.

Einerseits sei dies die Instrumentenreform, bei der zu wenig Rücksicht auf die Belange der Langzeitarbeitslosen gelegt werde, andererseits die Reduzierung der Bundesmittel, die einen Rückgang der Eingliederungsmittel (- 17 %) und der Verwaltungskosten (- 5,5 %) zur Folge habe.

MdB Reinhold Sendker sei hierzu bereits angeschrieben worden. Das Schreiben wird den Mitgliedern des Kreistages zur Verfügung gestellt (erfolgt mit Schreiben vom 14.10.2011).

Frau Arnkens-Homann ergänzt, dass die Reduzierung der Bundesmittel für alle Jobcenter gelte, also für Optionskommunen und gemeinsame Einrichtungen.

Herr Vöcking erkundigt sich nach der Erfolgsquote der Widersprüche gegen Leistungsbescheide vor Gericht.

Frau Schreier wird entsprechende Daten in der nächsten Sitzung bekannt geben.

1.2 Übergang in die Option zum 01.01.2012 – Bericht über den Umstellungsprozess

Frau Klausmeier berichtet über den Umstellungsprozess in die Option zum 01.01.2012 (Anlage 2).

Sie teilt mit, dass im September 2011 ein Gespräch zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Optionskommunen stattgefunden habe. Der Kreis Warendorf habe für den aktuellen Stand des Umstellungsprozesses Anerkennung erhalten.

2.	Leistungen für Bildung und Teilhabe hier: Schulsozialarbeit	114/2011
-----------	--	-----------------

Frau Klausmeier berichtet über den Sachstand der Schulsozialarbeit im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Anlage 3). Sie fasst kurz die Ausgangssituation zusammen (sh. Vorlage).

Frau Klausmeier weist darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für die Schulsozialarbeit aktuell auf 840.000 € geschätzt werden (sh. Folie 6 der Anlage 4). Die Finanzierung des Landes erfolge für die Jahre 2011 bis 2013.

Der Betrag solle für 16 Schulsozialarbeiter verwendet werden, davon 3 beim Kreis Warendorf und 13 bei den Städten und Gemeinden, hier anteilmäßig nach der Zahl der Leistungsberechtigten Bildung und Teilhabe.

Die für 2011 zustehenden Beträge werden in diesem Jahr nicht mehr verausgabt werden können. Es sei deshalb eine Anfrage an das Land ergangen, ob die Übertragung der Mittel ins Folgejahr und damit eine Finanzierung bis 2014 durch das Land möglich sei.

Der Stichtag für die Berechnung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften werde noch festgelegt. Vorerst werde mit Abschlägen gearbeitet, die endgültige Abrechnung mit den Städten und Gemeinden erfolge jeweils im Folgejahr.

Frau Birkhahn teilt hinsichtlich der zeitlich begrenzten Mittel auf die Jahre 2011 bis 2013 mit, dass es sich um eine Art "Anschubfinanzierung" handelt und einmal geschaffene Strukturen wohl von den Kommunen weiterfinanziert werden müssten.

Herr Dr. Börger erklärt, dass auf Bundesebene die Schaffung von Stellen für die Schulsozialarbeit beschlossen wurde, das Land NRW sei daher der Auffassung, dass der Bund auch nach 2013 die Kosten weiterhin übernehme. Nach jetzigem Kenntnisstand ende die Förderung durch den Bund jedoch 2013.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Errichtung einer "Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien" für den Kreis Warendorf	126/2011
----	--	-----------------

Herrn Fernkorn berichtet über die vorgesehene Errichtung einer "Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)" / (sh. Vorlage). Er ergänzt, dass die Förderung einer RAA nicht zeitlich befristet sei.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass die Finanzierung durch das Land NRW sichergestellt sei. Unklar sei noch, ob die KOMM-IN-Förderung in die Finanzierung einfließe. Es habe bereits ein intensiver Gedankenaustausch mit dem Ministerium stattgefunden. Die telefonische Zusage, dass der Kreis Warendorf den Zuschlag für die Errichtung einer RAA erhalte, liege vor. Ein formeller Antrag müsse jedoch noch gestellt werden.

Eine Standortentscheidung sei noch nicht getroffen worden, führt Herr Dr. Börger aus. Es werde noch geprüft, welche Liegenschaften zur Verfügung stehen. Die Stadt Ahlen habe bereits Interesse signalisiert.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Bestandserhebung der Zwischenverpflegung in exemplarisch ausgewählten Schulen im Kreis Warendorf - Vorstellung einiger Untersuchungsergebnisse	128/2011
----	---	-----------------

Frau Lummer erläutert, dass die Ernährung ein wichtiges Thema im Bereich der Gesundheitsförderung sei. Es stelle sich immer wieder die Frage, wie Kinder frühzeitig an eine gesunde Ernährung herangeführt werden können. Bereits im Jahr 2008 war die Schulverpflegung (Mittagsverpflegung in Ganztagschulen im Primarbereich) ein Thema im Gesundheitsamt.

Nach einer bereits in 2009 erfolgten Untersuchung mit Ergebnispräsentation im Sozialausschuss am 27.05.2009 wurde das Thema der Schulverpflegung in diesem Jahr noch einmal aufgegriffen. Zwischenverpflegung sei die sogenannte Pausenverpflegung in der Schule (Schulkiosk). Einige Schulen hätten auch kleine Cafeterien eingerichtet oder bieten über ihre Mensen eine Pausenverpflegung an.

Für die Bestandserhebung der Zwischenverpflegung habe man die Studentin Frau Katrin Eisenbach gewinnen können, die das Thema für ihre Bachelorarbeit gewählt habe.

Frau Lummer führt aus, dass im vergangenen Mai eine Fachtagung mit dem Titel "Die kleine Mahlzeit zwischendurch" organisiert und durchgeführt worden sei. Die Tagung sei u.a. in Kooperation mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung NRW erfolgt. Zielgruppe seien Schulträger, Schulleitungen, interessierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Elternvertreter in den Schulkonferenzen gewesen.

Für die Untersuchung der Zwischenverpflegung seien in Abstimmung mit dem Leiter des Schulamtes des Kreises drei weiterführende Schulen in den Städten Warendorf und Ahlen ausgesucht worden.

Frau Lummer weist darauf hin, dass es sich nicht um eine repräsentative Studie handelt.

Frau Eisenbach berichtet über ihre Untersuchung der Zwischenverpflegung (Anlage 4). Sie teilt mit, dass die Untersuchung auf Grundlage der Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. erfolgte. Die Standards seien aufgrund der hohen Zahl übergewichtiger Kinder in Deutschland entwickelt worden.

Da sich die Anforderungen der DGE nicht mit den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber decken, werden die Anforderungen wohl nie zu 100 % erfüllt werden können. Bestseller beim Verkauf seien belegte Brötchen.

Frau Lummer weist darauf hin, dass die Schulen die Möglichkeit hätten, ausgebildete Ernährungsberater und Ökotrophologen zu Rate zu ziehen.

Zu den Schulen in Trägerschaft des Kreises liegen leider keine Erkenntnisse vor.

5.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.08.2011 zur Versorgungssituation psychisch erkrankter Jugendlicher im Kreis Warendorf	135/2011
-----------	---	-----------------

Frau Dr. Rehfeldt nimmt zur Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.08.2011 Versorgungssituation psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher im Kreis Warendorf wie folgt Stellung:

1. Wie viele Betreuungs- und Therapieplätze gibt es innerhalb des Kreises Warendorf für psychisch kranke oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, wo und wie werden sie stationär oder ambulant betreut?

Im teilstationären und stationären Bereich sind folgende Therapieplätze für Kinder und Jugendliche im Kreis Warendorf vorhanden:

Teilstationäre Therapieplätze:

Seit August 2011 sind 12 Plätze in der Tagesklinik am Haus Walstedde, Nordholter Weg 3 in Drensteinfurt eingerichtet.

Vollstationäre Therapieplätze:

Ab Juni 2011 stehen 20 stationäre Plätze in der Klinik Walstedde GmbH – Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und Psychosomatik zur Verfügung.

Damit stehen zurzeit insgesamt 32 Therapieplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche im Kreis Warendorf zur Verfügung.

Die ambulante Versorgung erfolgt durch:

- 7 Psychiater/ ärztliche Psychotherapeuten (Quelle: KV-Liste NRW 2011)

- 17 kassenärztlich zugelassene Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, Psychologische Psychotherapeuten, Doppelapprobierte Psychotherapeuten (Quelle: KV-Liste NRW 2011)

- 4 Nicht kassenärztlich zugelassene Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten, (Quelle: Psychotherapeutenkammer NRW 2011)

- 11 Heilpraktiker mit Einschränkung auf Psychotherapie, die evtl. auch Kinder und Jugendliche behandeln (Quelle: Gesundheitsamt Kreis Warendorf 2011)

Die Anzahl der ambulanten Therapieplätze eines einzelnen Therapeuten kann nicht benannt werden, da sie abhängig sind vom Konzept der Therapie.

Psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche können sich auch an die Erziehungsberatungsstellen im Kreis wenden. In den Erziehungsberatungsstellen sind Psychologen tätig, die sich auch um die Probleme von Kindern und Jugendlichen kümmern.

Die Anzahl von Betreuungsplätzen für psychisch kranke oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche in den Jugendhilfeeinrichtungen ist nicht bekannt.

2. Welche Therapieplätze sind noch wo geplant und wann wird die Arbeit aufgenommen?

Zum 01.11.2010 sind weitere 12 Plätze in der Tagesklinik in der Stadt Warendorf im Krankenhausbedarfsplan aufgenommen worden. Die Tagesklinik befindet sich in Anbindung an die LWL-Klinik in Hamm. Ein Termin der Inbetriebnahme ist noch nicht bekannt.

Der Neubau ist in der Rosenstraße in Warendorf geplant.

3. Welche Konzepte der Betreuung, Therapie und Beschulung liegen den Therapien zugrunde?

Tagesklinik am Haus Walstedde:

Die Tagesklinik ist in das Gesundheitszentrum Haus Walstedde eingebunden. Die Therapeuten arbeiten nach den Methoden der kognitiven Verhaltenstherapie und der tiefenpsychologisch orientierten Psychotherapie.

Klinik Walstedde GmbH – Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und Psychosomatik (Privatkrankenanstalt):

Stationäres Angebot, ambulante Vernetzung mit Vor- und Weiterbehandlern

Der Rat der Stadt Drensteinfurt hat einer Krankenhausschule zugestimmt. Damit ist nun die Stadt Drensteinfurt Träger dieser Schule. Die Bezirksregierung Münster wird die dafür notwendigen Pädagogen stellen. Die Beschulung erfolgt nach den Lehrplänen der Regel- und Förderschulen. Die Schule wird zeitnah den Betrieb aufnehmen.

Es sollen sowohl die Kinder und Jugendlichen aus der Klinik Walstedde als auch aus der Tagesklinik die Schule besuchen können. Insgesamt sind 32 Plätze geplant. 20 Plätze für stationäre Patienten und 12 Plätze für die teilstationären Patienten.

Frau Dr. Rehfeldt ergänzt, dass Bewohner des Kreises Warendorf auch die Kliniken in Hamm und Münster nutzen würden.

Frau Lindstedt stellt fest, dass im Kreis Warendorf keine Klinik mit Mutter-Kind-Einheit wie in der LWL-Klinik in Hamm vorhanden sei. Dort bestehe eine lange Warteliste.

Frau Mors erkundigt sich, ob die Dauer der Wartezeiten durch die Errichtung der neuen Plätze verringert wurde.

Frau Dr. Rehfeldt erklärt, dass noch abzuwarten sei, wie sich die neuen Plätze auf die Wartezeit auswirken. Ein Vergleich sei jedoch nicht möglich, da die bisherigen Wartezeiten nicht bekannt seien.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass keine längeren Wartezeiten bekannt seien. Durch die Errichtung der Plätze in Walstedde und Warendorf habe sich die Situation deutlich verbessert. Das gesteigerte Angebot werde jedoch auch die Nachfrage erhöhen.

Sofern möglich, sollen in einer der nächsten Sitzungen die Patientenströme dargestellt werden.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.15 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer